2015-11-09/545 2601 Bearbeiter/in: Frau Fender E-Mail: mfender@schwerin.de

III 01 Herrn Czerwonka

Antrag 517/ 2015

Einhaltung Erhaltungssatzung- Beschluss zur Bebauung der Graf- Schack- Allee 10 durch die Stadtvertretung

## Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung entscheidet gemäß § 22 Abs. 2 Satz 4 Kommunalverfassung M-V über die Erteilung des Einvernehmens nach § 173 Abs. 1 Baugesetzbuch in Bezug auf die Schweriner Erhaltungssatzung für die geplante Errichtung eines Neubaus in der Graf-Schack-Allee 10.

Aufgrund des vorstehenden Beschlussvorschlags nimmt die Verwaltung hierzu Stellung:

## 1. Rechtliche Bewertung (u.a. Prüfung der Zulässigkeit; ggf. Abweichung von bisherigen Beschlüssen der Stadtvertretung)

Der Antrag ist rechtlich unzulässig.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 19.08.2004 ist in Fällen, in denen wie in Schwerin die Gemeinde zugleich Trägerin der Baugenehmigungsbehörde ist, § 36 BauGB nicht anzuwenden, d.h. das gemeindliche Einvernehmen entfällt. Zuständig zur Beurteilung und Entscheidung des gesamten Bauantrages ist die Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Schwerin als untere Bauaufsichtsbehörde. Sie alleine entscheidet im pflichtgemäßen Ermessen über die Zulässigkeit des Vorhabens in Verbindung mit den öffentlich- rechtlichen Anforderungen u. a. gemäß der Erhaltungssatzung, Vereinbarkeit mit dem Welterbeantrag und der Denkmalumgebung.

Die Stadtvertretung und nicht die Verwaltung trifft die Entscheidung über den Gebrauch der kommunalen Plannungshoheit. Sie kann über die B-Plan Änderung, sonstige städtebauliche Satzungen und gegebenfalls durch den Erlass einer Veränderungssperrre der Verwaltung und auch dem Eigentümer den Rahmen setzen. Die Verwaltung hat frühzeitig und mehrfach den Bauausschuss über die Plannung zu der Baulücke informiert.

## 2. Prüfung der finanziellen Auswirkungen

- zum bestehenden Haushaltssicherungskonzept
- Kostendarstellung f
   ür das laufende Haushaltsjahr (Mehraufwendungen, Mindererträge o.ä.)
- Kostendarstellung f
  ür die Folgejahre

## 3. Empfehlung zu weiteren Verfahren

Der Antrag sollte abgelehnt werden.

Bernd Nottebaum